

Erklärung von Glasgow (Quelle: Alzheimer Europe Office)

Alzheimer Europe, seine Mitglieder-Organisationen und die unterzeichnenden Vereinigungen und Personen verpflichten sich, die Rechte, die Würde und Autonomie der Menschen mit Demenz zu fördern. Diese Rechte sind universell und garantiert durch die folgenden Übereinkommen: Europäische Menschenrechtskonvention, UNO-Deklaration der Menschenrechte, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Jeder Mensch mit Demenz hat das Recht:

- auf eine frühzeitige Diagnose;
- auf eine umfassende Unterstützung nach der Diagnose;
- auf eine personenzentrierte, koordinierte und qualitativ hochstehende Pflege und Betreuung entlang des ganzen Krankheitsverlaufs;
- auf Behandlung und Zugang zu Therapien (medikamentös und nichtmedikamentös);
- als Individuum innerhalb der Gemeinschaft respektiert zu werden.

Wir begrüßen, dass Demenz zunehmend Priorität erhält in der Gesundheitspolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Wir rufen die europäischen Regierungen und Institutionen dazu auf, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden und sich dafür einzusetzen, dass die Rechte der Menschen mit Demenz respektiert und hochgehalten werden. Insbesondere:

- Rufen wir die Europäische Kommission dazu auf:
 1. Eine Europäische Demenzstrategie zu erarbeiten;
 2. Einen hochrangigen EU-Vertreter zu bestimmen, der die Aktivitäten und Forschung zu Demenz koordiniert. Dies innerhalb der existierenden Programme wie Horizon 2020, Ambient Assisted Living Programme, European Innovation Partnership on Active and Healthy Ageing, Joint Programme on Neurodegenerative diseases research und Innovative Medicines Initiative;
 3. Eine Europäische Experten-Gruppe zu Demenz einzusetzen aus Vertretern der Kommission, der Mitglieder-Staaten und zivilen Vertretern zum Austausch von Best-Practice-Beispielen;
 4. Die Aktivitäten von Alzheimer Europe sowie dessen Programme European Dementia Observatory und das European Dementia Ethics Network finanziell zu unterstützen.

- Rufen wir die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf:

1. Der European Alzheimer's Alliance beizutreten;
2. Die Kampagne von Alzheimer Europe und seiner Mitglieder-Organisationen zu unterstützen, damit Demenz auf europäischer Ebene zur Priorität wird und eine Europäische Demenzstrategie erarbeitet werden kann;
3. Ansprechpartner zu sein für die Menschen mit Demenz, ihre Angehörigen und die Vertreter der Alzheimervereinigung ihres Landes.

- Rufen wir Nationale Regierungen dazu auf:

1. Nationale Demenzstrategien zu erarbeiten, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und einen klaren Prozess des Monitorings und der Evaluation zu etablieren;
2. Menschen mit Demenz und ihre Betreuenden einzubeziehen bei der Erarbeitung und der Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie;
3. Die Alzheimervereinigung ihres Landes zu unterstützen.

Wir begrüßen, dass Demenz international als globale Priorität anerkannt wird und würdigen die Arbeit von Alzheimer's Disease International und der G7-Staaten, die sich zu globalem Handeln verpflichten. Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf:

1. Sich auf den Erfolg der europäischen Zusammenarbeit zu stützen und die Initiativen auf europäischer Ebene bei der Entwicklung globaler Aktionspläne und Strategien zu berücksichtigen;
2. Alzheimervereinigungen und Menschen mit Demenz in den Entscheidungsprozess einzubeziehen und ein globales Forschungsprogramm zu definieren;
3. Forschungsschwerpunkte ganzheitlich auszurichten unter Einbezug der psychosozialen, Pflege- und sozio-ökonomischen Forschung sowie jener zum Gesundheitssystem. Dies mit dem Ziel, dass die aktuell an Demenz erkrankten Menschen davon profitieren, aber auch diejenigen, die in den kommenden Jahren erkranken werden;
4. Substantiell mehr Mittel für die Forschung bereitzustellen;
5. Sich dafür einzusetzen, dass Demenz auf internationaler Ebene vermehrt prioritär wahrgenommen wird und auf die Agenda kommt: Innerhalb der G20-Staaten, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Vereinten Nationen.